

Regionales Übergangsmanagement (RÜM) erstmalig in Landesgesetzgebung verankert

Zusammenarbeit eingefordert. Schulen und Berufsschulen sollen zukünftig die Chancen nutzen, die das Regionale Übergangsmanagement (RÜM) bietet. Zusammen sollen die bestmöglichen Angebote im bisher unüberschaubaren Angebotslabyrinth der Berufsorientierung gefunden werden. So eine Forderung des Bildungsministeriums Mecklenburg-Vorpommerns in einer nun endlich gültigen Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen. Erklärtes Ziel ist die Verbesserung der Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort im Übergang von Schule zum Beruf. Und dieses erklärte Ziel strebt der Landkreis Vorpommern-Rügen mit dem Regionalen Übergangsmanagement an.

„Die Stellung der Berufsorientierung an Schulen sowie die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Übergangsmanagement wird hier ganz klar geregelt. Insofern begrüßen wir die richtungweisende und umfassende Richtlinie. Erleichtert sie uns doch die Arbeit enorm. Als RÜMs werden wir dann aktiv, sofern es vor Ort gewollt ist, wenn Schulen und Berufsschulen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorgaben beziehungsweise beim Auftrag Berufsorientierung wünschen“, sagt Antje Post, Leiterin des Regionalen Übergangsmanagement Koordinierungsstelle „LEUCHTTURM“. Dass die Richtlinie zudem so früh wie möglich, und zwar bereits in der Grundschule, den Beginn einer Berufsorientierung einfordert, sei für die Arbeit von RÜM wichtig. „So können schon Grundschulen und Horte miteinbezogen werden. Denn schon bei Kindern ist ein Berufsinteresse vorhanden“, so Antje Post weiter. Eine frühzeitige Orientierung zahle sich in jedem Falle für den Übergang von Schule zu Beruf aus.

Trotz aller Euphorie beinhaltet die Regelung für Antje Post auch Schwachpunkte. Denn leider gehe aus der Richtlinie nicht hervor, ob und wie Schulen zusätzlich zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um diesen umfassenden Anspruch an Berufsorientierung gerecht zu werden. „Viele Schulen sind bis an die Grenze des Machbaren ausgelastet. Eine individuelle kontinuierliche Begleitung von Jugendlichen zur Berufsorientierung kann eine Lehrerin, ein Lehrer unter den jetzigen Bedingungen nicht nebenbei leisten“, sagt sie. Zudem sollten Fahrtkosten zu Praktikumsbetrieben nicht die Eltern tragen müssen. Viele könnten es auch gar nicht. Insofern bleibt die Umsetzung in der Praxis jetzt abzuwarten.